

Auf dem Weg zu einer Theorie des Staatssozialismus

Pollack, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pollack, D. (2003). Auf dem Weg zu einer Theorie des Staatssozialismus. *Historical Social Research*, 28(1/2), 10-30.
<https://doi.org/10.12759/hsr.28.2003.1/2.10-30>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Auf dem Weg zu einer Theorie des Staatssozialismus

*Detlef Pollack**

Abstract: This article investigates various characteristics of modernity and thus to establish a definition of modernity pertinent to an understanding of typical features of society in the GDR. Some especially relevant features of modern societies that will be applied in this analysis are self-referential institutions such as free market, the public sphere, competitive democracy, and the like. Inherent to all of these institutions are the capability of self-monitoring, learning from mistakes, encouraging competition, and selecting the most beneficial option. These institutions foster the efficiency of modern societies. In contrast to this model of modern societies, the GDR to a great deal lacked the above mentioned institutions and therefore had to suffer deficits in modernisation. At the same time we can nevertheless observe factors of modernisation such as functional differentiation, institutional autonomy, competition, and emphasis on professional achievement to some degree. In consequence, conflicts arose between processes of modernisation and politically induced barriers of modernisation. The conclusion will attempt to dismiss unilateral notions of the GDR as a pre-modern, undifferentiated, homogenous society while clearly pointing out the limitations of differentiation processes characteristic of modern societies.

Die Entwicklung einer Theorie des Staatssozialismus ist ein anspruchsvolles Unternehmen. Wenn die DDR-Forschung ihre doppelte Isolation überwinden will, in der sie sich seit Jahrzehnten aufgrund ihrer Abtrennung von der Osteuropa- und Sowjetforschung einerseits und ihrer nur schwachen Anbindung an die historische, soziologische und politikwissenschaftliche Deutschlandforschung andererseits begeben hat, dann wird sie gut beraten sein, ihre theoretischen Anstrengungen zu verstärken. Über historische, soziale und politische

* Address all communications to Detlef Pollack, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Kulturwissenschaftliche Fakultät, Phone: 0049 335 55342924, Fax (Sekr.): 0049 335 55 34 2225. E-Mail: Pollack@euw-frankfurt-o.de.

Einzelgegenstände hat die DDR-Forschung inzwischen eine Fülle an materialreichen Fallstudien vorgelegt. Die Militärgeschichte der DDR, ihre Kirchengeschichte, Oppositionsgeschichte, Literatur- und Kunstgeschichte wurden inzwischen ebenso intensiver empirischer Analysen unterzogen wie die Unrechtspraktiken der Strafjustiz der DDR, die Herrschaftsinstrumente des Staatssicherheitsdienstes, die Indoktrinationsmethoden in der Schule oder der Eigensinn und die Resistenzpotentiale der DDR-Alltagskultur. Was jetzt erforderlich ist, ist nicht die weitere Erhellung vielleicht noch unbeleuchtet gebliebener Details. Durch die Hinzufügung von weiteren Mosaiksteinchen in das Gesamtpuzzle wird sich unser Bild von der DDR-Gesellschaft nicht mehr grundlegend ändern. Auf dem inzwischen erreichten Stand der Forschung ist es vielmehr erforderlich, die gewonnenen Einzelerkenntnisse aufeinander zu beziehen, zu integrieren und zu systematisieren, um auf ihrer Grundlage zu einem tieferen Verständnis der Funktionsprinzipien und Stabilitätsbedingungen, aber auch der Untergangsfaktoren des staatssozialistischen Systems zu gelangen. Nur wenn es der DDR-Forschung gelingt, das theoretische Niveau ihrer Analysen höherzutreiben, wird sie den Anschluss an den mainstream der politikwissenschaftlichen, soziologischen und historischen Forschung herstellen können. Der Kontakt zu den großen Disziplinen, von denen die DDR-Forschung weitgehend abgekoppelt ist – am ehesten besteht noch ein Zusammenhang mit der historischen Forschung, kaum einer zur Politikwissenschaft, fast keiner zur Soziologie –, muss über die Bezugnahme auf sozialwissenschaftliche Theoriebildungen geschaffen werden, und wenn er über theoretische Arbeit läuft, kann der Anschluss an laufende Diskussionen auch wieder hergestellt werden.

Will man eine Theorie des Staatssozialismus entwickeln, reicht es nicht aus, seine Aufmerksamkeit allein auf die Gesellschaften des Staatssozialismus zu richten. Wer lediglich *eine* Gesellschaft studiert, versteht keine. Die Analyse des Staatssozialismus macht es vielmehr zwingend erforderlich, andere Gesellschaftstypen gleichfalls in den Blick zu nehmen, da nur auf diese Weise die charakteristischen Eigenheiten des Staatssozialismus hervortreten können (vgl. Wehler 2000, S. 113). Die einfachsten Aussagen über Merkmale des Staatssozialismus sind immer schon getroffen auf dem Hintergrund anderer Gesellschaftsverfassungen. Charakterisiert man die DDR etwa als entdifferenzierte Gesellschaft (vgl. Meuschel 1992), so steht dahinter das Bild der funktional differenzierten modernen Gesellschaft. Kennzeichnet man sie als kommode Diktatur (vgl. Wolle 1998), so grenzt man sie damit sowohl von der Demokratie als auch von totalitären Systemen ab. Und bezeichnet man sie etwa als Ständegesellschaft (vgl. Meier 1990), so nimmt man explizit Bezug auf eine andere Gesellschaftsformation. Immer benötigt man den Blick auf andere gesellschaftliche Ordnungen, um das Spezifische des Staatssozialismus herauszuarbeiten. Eine Theorie des Staatssozialismus kann daher nur eine komparative Theorie sein.

Die Bedeutung der Übernahme einer vergleichenden Perspektive tritt umso klarer hervor, als uns die Geschichte des Gebrauchs des Totalitarismusbegriffs lehrt, in welche Sackgassen man gerät, wenn der Begriff die inhaltlichen Bestimmungen, die zur Kennzeichnung einer Sache zu entwickeln sind, selbst schon enthält und Außenperspektiven nicht einbezieht. Dann kann man zwar immer noch sagen, dass eine totalitäre Gesellschaft durch Terror, permanente Mobilisierung und eine allumfassende Ideologie (Arendt) und durch eine die gesamte Gesellschaft erfassende Herrschaftsausübung gekennzeichnet ist (Friedrich/Brzezinski), aber nicht mehr begründen, dass tatsächlich diese und nicht andere die entscheidenden Merkmale totalitärer Gesellschaften sind. Theorien, die sich auf *eine* Gesellschaftsformation konzentrieren, stehen in der Gefahr, ihrem Gegenstand zu nahe zu kommen und ihre analytische Auflösungskapazität am Gegenstand zu verbrauchen. Sie erhellen ihn dann nicht, sondern verstärken nur, was die Gegenstandsbezeichnung ohnehin schon unübersehbar herausstellt: dass die gesamte Gesellschaft herrschaftlich durchdrungen ist, dass die Machtausübung nicht demokratisch legitimiert ist und dass Terror und Gewalt zur Herrschaftsausübung unverzichtbar sind. Man kann dann aber nicht mehr zeigen, *warum* die gesamte Gesellschaft totalitär überformt wird, *warum* eine Regierung auf demokratische Legitimation verzichtet und *warum* Gewalt für die Bewahrung der Herrschaft unvermeidbar wird und welche Alternativen anstelle totalitärer Machtausübung in anderen gesellschaftlichen Systemen bestehen und dass es neben Gewalt, Demokratiedefiziten und totalitärer Durchherrschaft auch andere Merkmale gibt, die totalitäre Ordnungen kennzeichnen. Eine Theorie des Staatssozialismus darf, mit anderen Worten, gerade nicht lediglich eine Theorie des Staatssozialismus sein. Sie muss eine Theorie der Demokratie, der Konkurrenzgesellschaft, der Marktwirtschaft, der Wissensgesellschaft – was immer – sein, um deutlich machen zu können, inwiefern aus allgemein entwickelten gesellschaftstheoretischen Bestimmungen eine Theorie des Staatssozialismus folgt.

Um nun eine solche nach außen hin anschlussfähige Theorie des Staatssozialismus zu entwerfen, sei hier der Vorschlag unterbreitet, die Modernisierungstheorie auf ihre Eignung als universelle Gesellschaftstheorie zu überprüfen und für die Analyse der Funktionsmechanismen und Konstruktionslinien staatssozialistischer Systeme fruchtbar zu machen. Modernisierungstheorien unterliegen weit verbreiteten Vorbehalten, die sich vor allem auf ihre angebliche Einlinigkeit und ihre westliche Bias beziehen (vgl. Sztompka 1994, S. 129ff.). Beide Einwände sind ebenso gebräuchlich wie schwach begründet, denn natürlich lässt sich komplikationslos eine Modernisierungstheorie denken, die allen evolutionären Fortschrittsglauben vermeidet, mit kurvenreichen Verläufen, Umwegen, Rückschlägen und Gegentendenzen rechnet und trotzdem eine alle Diversitäten überwölbende Grundtendenz in den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ausmacht und die ebenso darauf verzichtet, eine Entwicklungstendenz als anderen Entwicklungslinien überlegen herauszustellen

oder gar als Norm zu postulieren, ohne von der Beschreibung dominanter Entwicklungstendenzen abzusehen. Man muss den Typ westlicher Gesellschaften nicht zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung erklären und kann trotzdem feststellen, dass immer mehr Gesellschaften sich diesem Typ annähern und möglicherweise immer weitere Teile der Weltbevölkerung ein Leben wie in den westlichen Gesellschaften anstreben. Das braucht man, wenn man es konstatiert, noch nicht einmal gut zu finden, und das braucht man auch nicht als eindimensionalen Entwicklungsprozess zu interpretieren, auch wenn man einige Indikatoren dafür anführen kann, dass viele Entwicklungen in der Welt genau diese Richtung einschlagen, nicht zuletzt die ehemals staatssozialistischen Länder des früheren Sowjetimperiums selbst.

In dem Versuch, modernisierungstheoretische Aussagen auf staatssozialistische Gesellschaften anzuwenden, seien zunächst jeweils charakteristische Merkmale moderner Gesellschaften herausgearbeitet, die dann daraufhin befragt werden, inwieweit sie zur Kennzeichnung der Konstruktionslinien der DDR-Gesellschaft geeignet sind. Dabei kommt es mir in dem folgenden Versuch darauf an, die einzelnen Merkmale moderner Gesellschaften nicht nur zu beschreiben, sondern auch ihren inneren theoretisch begründeten Zusammenhang zu verdeutlichen. Viele modernisierungstheoretische Analysen leiden darunter, dass sie zwar wichtige Merkmale moderner Gesellschaften aufzählen, aber nicht zeigen, wie ihre Selektion theoretisch begründet ist (vgl. Scheuch 2000, S. 401). So führt zum Beispiel Wolfgang Zapf (vgl. 1991; 1996) immer wieder auf, dass die Kennzeichen moderner Gesellschaften in Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat mit Massenkonsum und Sozialstaat bestehen. Oder Johannes Berger (vgl. 1996, S. 47, passim) erklärt, dass Modernisierung eine Eigenleistung, kein Oktroi ist, dass die unterschiedlichen Züge der Modernisierung miteinander nicht im Widerspruch stehen, dass die Tatsache, dass einige Gesellschaften auf dem Pfad der Modernisierung weiter vorangekommen sind, Nachzügler nicht behindert, sondern ganz im Gegenteil die weniger entwickelten von den entwickelteren Gesellschaften lernen. Beide aber versäumen es deutlich zu machen, wie die einzelnen von ihnen ausgemachten Merkmale moderner Gesellschaften untereinander zusammenhängen und wie sie sich theoretisch herleiten lassen.

1. Funktionale Differenzierung und Systemintegration

Jede Gesellschaft muss mit dem Problem anfallender sozialer, zeitlicher und sachlicher Komplexität umgehen und zur Lösung dieses Problems eine Struktur aufbauen, die das zu lösende Problem nicht durch systeminterne Komplexitätserhöhung verschärft, sondern durch Komplexitätsreduktion entdramatisiert,

ohne es unangemessen zu verkürzen.¹ Eines der wesentlichen Merkmale moderner Gesellschaften besteht darin, dass sie dieses Problem durch den Umbau der primären sozialen Differenzierungsform von Schichtung auf funktionale Differenzierung behandeln. Moderne Gesellschaften sind nicht mehr hierarchisch geordnet, sondern polyzentrisch und können dadurch mehr Komplexität verarbeiten als vormoderne Gesellschaften. Sie haben sich in mehr oder weniger gleichberechtigte gesellschaftliche Bereiche ausdifferenziert, die unterschiedliche Funktionen erfüllen und unterschiedlichen Operationslogiken folgen und insofern eine gewisse Unabhängigkeit voneinander besitzen, wobei durch die Spezialisierung auf die Erfüllung einer Funktion und die gleichzeitige Delegation anderer Aufgaben an andere Funktionsbereiche die gesamtgesellschaftliche Komplexitätsbearbeitungskapazität überproportional steigt. Als solche funktional ausdifferenzierten Bereiche treffen wir in modernen Gesellschaften auf den Bereich der Politik, der Wirtschaft, des Rechts, der Erziehung, der Religion, der Kunst, der Familie usw. Aufgrund ihrer weitgehenden Unabhängigkeit voneinander können die in ihnen geltenden Rationalitätskriterien ins Unwahrscheinliche hochgetrieben und effektivitätssteigernd eingesetzt werden, ohne dass in den einzelnen Bereichen noch auf Normen und Werte, die anderswo gelten, Rücksicht genommen werden muss oder auch nur kann. Die einzelnen Bereiche sind bei weitgehender Indifferenz gegenüber Außeneinwirkungen nur noch systemspezifisch irritierbar. Nicht mehr bereichsunspezifische Kriterien und gesamtgesellschaftliche Normen und Werte bestimmen die Handlungslogik in den einzelnen Bereichen. Vielmehr wird die jeweils systemspezifische Rationalität zur gültigen Selektionsregel für zu treffende Entscheidungen, während bereichs- und sachfremde Gesichtspunkte abgewiesen oder einfach ignoriert werden. Eine solche Freisetzung der Eigenrationalität des Systems wirkt traditionsauflösend, hierarchiezersetzend und konsenssprengend und hat enorme systemleistungssteigernde Effekte.

Die Folge dieser weit getriebenen Autonomie der gesellschaftlichen Teilbereiche besteht dann freilich darin, dass moderne Gesellschaften vor komplexe Integrationsprobleme gestellt sind. Integrationsprobleme, die durch funktionale Differenzierung auf horizontaler Ebene entstehen, werden in modernen Gesellschaften auf unterschiedliche Weise bearbeitet. Einmal bieten die einzelnen Teilsysteme, die sich auf die Erfüllung bestimmter Funktionen spezialisieren, füreinander funktionale Entlastungen. Keines der gesellschaftlichen Teilsysteme kann isoliert existieren. Vielmehr bedarf es der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, die durch Austauschprozesse zwischen den funktional differenzierten Teilbereichen der Gesellschaft institutionalisiert wird. Dann hat das Prinzip der funktionalen Differenzierung selbst einen systemintegrierenden Effekt, insofern aufgrund der weitgehenden Unabhängigkeit voneinander Probleme, die in einem Teilbereich anfallen, keine negativen

¹ Die folgenden Überlegungen orientieren sich stark an den systemtheoretischen Überlegungen Luhmanns (1997).

Auswirkungen auf andere Teilsysteme der Gesellschaft haben müssen, sondern abgekapselt und neutralisiert werden können (vgl. Luhmann 1970, S. 123). Weiterhin stellen die modernen Gesellschaften symbolisch generalisierte Medien der Kommunikation wie Geld, Macht, Recht oder Wahrheit bereit, über die teilsystemspezifische Leistungen kommunikativ vermittelt und gesamtgesellschaftlich plausibel angeboten werden können. Schließlich lassen sich in modernen Gesellschaften strukturelle Kopplungsmechanismen beobachten, die unterschiedliche Funktionsbereiche miteinander verklammern. So stellen zum Beispiel Steuern einen Kopplungsmechanismus zwischen Politik, die ihre Erhebung zu beschließen und zu verantworten hat, und Wirtschaft, wo sie bezahlt werden müssen, dar. Die Verfassung wiederum bindet die Politik an das Recht, das gleichzeitig für politisch inspirierte Neuerungen offen ist, während Eigentum und Vertrag Instrumente zur Verklammerung von Recht und Wirtschaft darstellen usw. Für moderne Gesellschaften ist es mithin charakteristisch, dass die Prinzipien der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft selbst systemintegrierend wirken – ein alter Gedanke von Émile Durkheim, der bekanntlich davon ausgeht, dass die Arbeitsteilung, die die Gesellschaft vor schwerwiegende Integrationsprobleme stellt, auf struktureller Ebene zugleich auch das Mittel zur Herstellung organischer Solidarität ist (vgl. Durkheim 1996; vgl. auch Habermas 1981, S. 173ff.).

Vergleicht man die DDR-Gesellschaft mit den modernen Gesellschaften westlichen Typs, so muss man feststellen, dass in ihr das Prinzip der funktionalen Differenzierung nicht konsequent durchgeführt war und daher auch nur eingeschränkt systemintegrative Aufgaben erfüllen konnte. Die DDR war eine politisch konstituierte Gesellschaft (vgl. Erker 1993). Alle gesellschaftlichen Ressourcen, ob wirtschaftlicher, rechtlicher, militärischer, sicherheitsdienstlicher, politischer oder kultureller Natur, lagen in der Hand der SED-Führungsspitze und wurden von ihr benutzt, um die gesamte Gesellschaft politisch zu überformen, zu kontrollieren und zu steuern. Die Machtkompetenzen der herrschenden Klasse waren weder durch rechtliche und verfassungsmäßige Bestimmungen noch durch das Prinzip der Gewaltenteilung, weder durch öffentlich-demokratische Zustimmungsbedürftigkeit noch durch eine politisch zugelassene Opposition, weder durch das Privateigentum an Produktionsmitteln noch durch die staatlich garantierte Autonomie sozialer Institutionen begrenzt. Vielmehr konnte die SED-Spitze ihren Macht- und Kontrollanspruch in der gesamten Gesellschaft bis hinein in die gesellschaftlichen Organisationen, Verbände und Vereine, bis hinunter zu den Schulklassen und Brigaden, ja bis hinein in die ‚Herzen und Hirne‘ der Menschen behaupten und partiell durchsetzen. Die mit der politischen Überfremdung der Gesellschaft einhergehende Entdifferenzierung der Gesellschaft bedeutete einen Verlust an teilsystemspezifischer Autonomie und damit unweigerlich eine Einbuße an teilsystemspezifischer Dynamik und gesamtgesellschaftlicher Komplexitätsverarbeitungskapazität. Die Interventionen der Politik behinderten die Entfaltung der wirtschaftli-

chen Rationalität: Anstatt in die Erneuerung des Kapitalstocks zu investieren, wurde die Konsumgüterproduktion ausgebaut, anstatt leistungsstimulierende Differenzen zuzulassen, wurden Grundnahrungsmittel und Mieten subventioniert sowie sozialpolitische Maßnahmen finanziert. Wichtiger als eine langfristige Konsolidierung der Wirtschaft war der SED-Spitze die kurzfristige Befriedigung von Wohlstands- und Konsumbedürfnissen der Bevölkerung, um aufkeimende Unzufriedenheiten von vornherein abzuwehren. Die SED-Führung griff aber auch in die wissenschaftliche Forschung, in die schulische Bildung und Erziehung oder in die Praxis des Rechtssystems ein. In allen gesellschaftlichen Bereichen führte die Dominanz des Politischen zur Aushöhlung sachlicher Rationalitätskriterien und damit unweigerlich zu teilsystemischen Effektivitätseinbußen und gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsverzügen. Auch wenn in der politischen Unterwerfung der Gesellschaft das Ziel der SED-Führung bestand, gelang es ihr jedoch zu keiner Zeit, die DDR-Gesellschaft vollständig politisch gleichzuschalten und ideologisch zu homogenisieren. Charakteristisch für die DDR-Gesellschaft war vielmehr die Gegenläufigkeit von politischer Homogenisierung und funktionaler Differenzierung, wie sie sich im Konflikt zwischen Ideologen und Planern, zwischen Funktionären und Fachleuten, zwischen Parteilite und Funktionselite immer wieder manifestierte (vgl. Pirker et al. 1995).² Die DDR war keine entdifferenzierte, sondern eine höchst konfliktreiche Gesellschaft, auch wenn das öffentliche Leben wie stillgestellt erschien. Unter der Oberfläche regten sich Kräfte des Wandels und der Kritik, der Entideologisierung und Rationalisierung, der Effektivierung und Reform, natürlich nicht um das System abzuschaffen, sondern um es zu verbessern und zu dynamisieren.³ Die Subventionsentscheidungen und Investitionszurückhaltungen, die die Partei-Spitze anordnete, wurden parteiintern kritisiert. Mit der Gestaltung von schulischen Lehrplänen und Schulbüchern sollte nicht nur ideologisch indoktriniert, sondern auch Wissen vermittelt werden. Neben der politisch dominierten Rechtssprechung gab es begrenzte Zonen der Rechtsstaatlichkeit, in denen die Logik rechtlicher Verfahren respektiert wurde.⁴ Die Kunst- und Literaturkritik, die Gestaltung von Theaterspiel-

² Dass die Funktionssysteme in der DDR nicht völlig gleichgeschaltet waren, sondern sich eine gewisse Eigenlogik bewahrten, ist auch das Ergebnis der empirischen Untersuchungen von Heinrich Best (2002), der anhand der Analyse des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR herausgefunden hat, dass die Rekrutierungsmuster der Eliten in der DDR nicht nur politischen Loyalitäts-, sondern auch fachlichen Qualifikationsgesichtspunkten folgten.

³ Best (2002) erklärt die partielle Eigenständigkeit der gesellschaftlichen Teilsysteme in der DDR durch Hinweis auf den Rückgang der Durchgriffsmöglichkeiten des politischen Systems, durch den sich Freiräume in der Gesellschaft eröffneten. Hier wird der Ton stärker darauf gelegt, dass es Rationalisierungsinteressen von unten gab, die sich im Konflikt mit den Steuerungsabsichten des Zentrums zu behaupten suchten und daher mit diesen immer wieder in Konflikt gerieten.

⁴ Dies unterscheidet zum Beispiel autoritäre Regime von sultanistischen und despotischen Herrschaftsformen, in denen keinerlei Rechtsgarantien bestehen, sondern jede Rechtsauslegung in die Willkür des jeweiligen Herrschers gelegt ist (vgl. Linz 1996: S. 501). Es ist

plänen oder von Veranstaltungsprogrammen in Kulturhäusern folgte nicht nur ideologischen, sondern auch künstlerischen und literarischen Kriterien. Stets standen die politischen mit sachlichen Interessen in Spannung. Allerdings setzten sich im Konfliktfall nahezu regelmäßig die politischen Interessensgesichtspunkte durch, so dass die DDR im Laufe ihrer Geschichte im Bereich der Bildungs-, der Frauen-, der Sport-, ja selbst der Wirtschaftspolitik zwar viele Modernisierungsfortschritte erzielen konnte – immerhin stieg zum Beispiel das Wohlstandsniveau innerhalb von 40 Jahren DDR deutlich an –, die Entwicklung ab einem bestimmten Punkt aber immer wieder stagnierte und letztendlich gebremst blieb.

Da die Prinzipien funktionaler Differenzierung in der DDR nur eingeschränkt ausgebildet waren, konnten auch die durch die funktionale Differenzierung bedingten Integrationsleistungen nur partiell erbracht werden. Die Kooperation zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen, aber auch innerhalb von ihnen funktionierte nur begrenzt. Betriebe konnten sich auf Zulieferungen nicht verlassen und mussten daher mehr und mehr Güter in die eigene Produktion übernehmen. Probleme eines einzelnen Funktionssystems, vor allem des politischen Systems, konnten nicht absorbiert werden, sondern hatten destruktive Folgen in anderen Bereichen. Man denke nur an die katastrophalen Auswirkungen, die Honeckers Entscheidung für die Durchsetzung einer großzügigen Wohnungs- und Sozialpolitik für die Investitions- und Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft hatte. Kommunikative Medien wie Wahrheit oder Geld waren kontaminiert und konnten ihre Vermittlungsfunktionen häufig nicht erfüllen. An die Stelle von Handel über Geld trat nicht selten der direkte Warenaustausch. Verklammerungsinstrumente wie Steuern, die Verfassung oder Eigentum fielen teilweise ganz aus. Wahrscheinlich besteht ein Zusammenhang zwischen den Grenzen funktionaler Differenzierung und den Einschränkungen bereichsinterner und -externer Kooperation. Jedenfalls ist auffällig, dass die Betriebe sich immer weniger auf funktionierende Austauschbeziehungen mit anderen Betrieben verlassen konnten, so dass sie die Fertigungstiefe ihrer Produktion erhöhen mussten, und gleichzeitig immer mehr nicht-wirtschaftliche Funktionen an sich zogen, indem sie Möglichkeiten der Kinderbetreuung, der ärztlichen Versorgung, der Urlaubsvermittlung usw. bereitstellten. Sie wurden damit zu Vergesellschaftungskernen (vgl. Kohli 1994) in einer unterintegrierten, kooperationschwachen, interaktionsblockierten Gesellschaft.

Der Mangel bereichsspezifischer Effizienz, an wirtschaftlicher Leistungskraft, politischer Kompetenz, öffentlicher Diskussion und rechtlicher Verläss-

durchaus nicht zufällig, dass es der SED-Führung in der DDR stets darauf ankam, den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, und Verurteilungen in der Regel nur vorgenommen wurden, wenn sich Rechtsverstöße nachweisen ließen. Dem Staatssicherheitsdienst kam dabei unter anderem die Aufgabe zu, das erforderliche Material für eine rechtskräftige Verurteilung zu beschaffen und notfalls zu fingieren. Dieser begrenzte Respekt vor dem Recht ist von der Praxis der vorsätzlichen Rechtsbeugung und der Vollstreckung von Strafen ohne gerichtlichen Prozess in der früheren Sowjetunion deutlich zu unterscheiden.

lichkeit hatte darüber hinaus aber auch zur Folge, dass sich informelle Netzwerke bildeten, die den Einzelnen sowie Organisationen, Betriebe und Gruppen mit knappen Gütern, etwa mit Informationen, Dienstleistungen, Produktionsgütern, Ersatzteilen, Kontakten usw. versorgten (vgl. Gaus 1983; Srubar 1991; Hradil 1995). Diese informellen Netzwerke erfüllten ansatzweise jene Integrations-, Kooperations- und Austauschfunktionen, die durch das offizielle System nicht geleistet zu werden vermochten. Auch wenn damit die Funktionsdefizite des offiziellen Systems nicht kompensiert werden konnten, hatte die Ergänzung der offiziellen Institutionen durch die informellen Netzwerke einen den Bestand des Gesamtsystems unterstützenden Effekt.

2. Konkurrenz und Sozialintegration

Die exzeptionelle Leistungsfähigkeit moderner Gesellschaften im Vergleich zu nichtmodernen gesellschaftlichen Ordnungen hat ihre Ursache nicht nur im Prinzip der funktionalen Differenzierung und der dadurch ermöglichten Freisetzung von subsystemischer Eigendynamik mit einem hohen gesamtgesellschaftlichen Komplexitätsverarbeitungsniveau. Ihre Leistungsfähigkeit beruht auch auf ihrer außerordentlichen Lernfähigkeit. Man könnte direkt formulieren: Modern sind Gesellschaften insofern, als sie in die Prinzipien ihrer Konstitution die Fähigkeit zu ihrer eigenen Änderbarkeit mit eingebaut haben (vgl. Kaufmann 1989, S. 46). Diese Selbstkorrekturfähigkeit wiederum beruht darauf, dass es in modernen Gesellschaften offene Foren des Wettbewerbs gibt, die prinzipiell jedem offen stehen, auf denen um die höchste Leistung gerungen wird, Kritik nicht nur zugelassen, sondern erwünscht ist und innerhalb derer unter den zur Verfügung stehenden Leistungsangeboten in standardisierten Auswahlverfahren das beste ausgewählt und prämiert wird. Solche offenen Foren des Wettbewerbs sind zum Beispiel der ökonomische Markt, der Arbeitsmarkt, die Öffentlichkeit, die Konkurrenzdemokratie, das Rechtssystem oder der Kunst- und Musikmarkt. Aufgrund des Selektionszwanges erhöht sich das Niveau der angebotenen Leistungen immer mehr. Nur dasjenige Angebot hat eine Chance, angenommen zu werden, das besser ist als andere. Gleichzeitig ist durch die Standardisierung der Selektionsmechanismen ein Set an Spielregeln, unter denen der Wettbewerb stattfindet, festgelegt und damit für ein gewisses Maß an Erwartungssicherheit und Fairness gesorgt. Aufgrund der prinzipiellen Chancengleichheit der konkurrierenden Akteure erfreuen sich die offenen Foren des Wettbewerbs allgemeiner Anerkennung, bilden sich kaum Alternativinstitutionen und können diese Foren die relevanten gesellschaftlichen Potentiale an sich binden und ihre Leistungsbereitschaft abrufen. Die Effizienzsteigerung in Wirtschaft, Bildung, Politik, Wissenschaft oder Medizin ist eine direkte Folge der Konkurrenz sowie der Transparenz der Wettbewerbsregeln in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilsystemen.

Mit der Ausdifferenzierung von Leistungen und ihrer unterschiedlichen Belohnung erhöht sich jedoch auch das Maß der in modernen Gesellschaften anzutreffenden sozialen Ungleichheit. Dies bedeutet, dass auch die Gefahr des Auftretens gesellschaftlicher Desintegrationstendenzen wächst. Allerdings wirkt wie das Prinzip der sozialen Funktionsorientierung auch soziale Ungleichheit nicht nur differenzierend, sondern auch integrierend. Erhöhte soziale Ungleichheit stellt für den Einzelnen einen besonderen Anreiz dar, sich zu engagieren und die individuellen Energien zur Erlangung von Positionen zu steigern. Aufgrund ihres hohen Wohlfahrtsniveaus halten moderne Gesellschaften viele Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, der kulturellen, touristischen und familialen Freizeitgestaltung, des Konsums und der beruflichen Selbstverwirklichung bereit, so dass von ihnen eine hohe Attraktivität ausgeht. Es lohnt sich, sich anzustrengen. Soziale Ungleichheit hat insofern auch einen die gesellschaftlichen Kohäsionskräfte steigernden Effekt.

Natürlich können in modernen Gesellschaften nicht alle Leistungsträger Spitzenpositionen einnehmen, selbst wenn ihre Angebote überdurchschnittlich gut sind. Die modernen Gesellschaften halten jedoch nicht nur erste Plätze, sondern auch attraktive zweite und dritte Plätze bereit. Die Voraussetzung zur Erlangung dieser Plätze besteht freilich in der Bereitschaft zur geografischen Mobilität. Mobilität wirkt konkurrenzlastend und stellt insofern ein wichtiges Integrationsinstrument moderner Gesellschaften dar (vgl. Dahrendorf 1965).

Ist durch die Institutionalisierung von Wettbewerbsregeln tatsächlich Chancengleichheit garantiert, dann besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass soziale Unterschiede als Ausdruck von Leistungsunterschieden angesehen und allgemein akzeptiert werden. Auch die Gewährleistung eines gewissen Maßes an Gerechtigkeit trägt zur Integration moderner Gesellschaften bei.

Für diejenigen, die der Konkurrenz in den Wettbewerbsforen nicht gewachsen sind oder aus anderen Gründen aus dem Wettbewerb herausfallen, stellen moderne Gesellschaften sozialstaatliche Leistungen bereit, die die erlittenen Verluste partiell kompensieren und eine Grundversorgung sicherstellen. Die sozialen Sicherungssysteme des modernen Sozialstaats erlauben dem Einzelnen in seiner Lebensgestaltung die Übernahme von Risiken. Sie sind die Bedingung dafür, dass sich der Einzelne auf Wettbewerbe mit ungewissem Ausgang überhaupt einlässt, da sie ihn im Falle seines Scheiterns sozial auffangen und versorgen. Umfassende soziale Sicherungssysteme kann sich die Gesellschaft freilich nur leisten, wenn sie über beträchtliche Steuereinnahmen aus einem effizienten Wirtschaftssystem verfügt.

Wie gestaltete sich das Verhältnis von freiem Wettbewerb und Sozialintegration nun in der DDR? Zunächst muss festgehalten werden, dass der freie Wettbewerb zwar nicht ausgeschaltet, wohl aber empfindlich eingeschränkt war. Statt Demokratie gab es einen autoritären Zentralismus, statt freier Diskussionen in der Öffentlichkeit eine inszenierte und kontrollierte Ersatzöffent-

lichkeit, statt Marktwirtschaft Planwirtschaft, statt Arbeitsmarkt Berufslenkung usw. Karrieren wurden in der DDR in starkem Maße von oben geplant. Insbesondere in den endvierziger und fünfziger Jahren nahm die SED einen radikalen Umbau der Sozialstruktur vor, vertrieb das Bildungs- und Besitzbürgertum aus seinen Positionen, kollektivierte das Eigentum an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln und setzte staatsloyale Aufstiegswillige an die Stelle der alten Eliten. Die DDR war eine von oben her organisierte Gesellschaft. Der Ausschluss der Bevölkerung aus allen gesellschaftlichen Konstitutionsprozessen war notwendig, da alles, was nicht von oben her organisiert war, potentiell gefährlich werden konnte. Jede selbstreferentielle Entscheidungsstruktur, jede eigenständige Institution, jedes ungeplante Wettbewerbsverfahren konnte Ergebnisse produzieren, die von den Interessen der Machtzentrale abwichen. Während Demokratien und Marktwirtschaften Abweichungen und damit Innovationen und Kritik provozieren und Mechanismen zu ihrer Verarbeitung bereitstellen, musste das SED-Regime zur Sicherung seines Bestandes jede Abweichung abwehren. So zentralisiert und durchherrscht das System war (vgl. Kocka 1994; Lüdtke 1994), so verletzlich war es daher auch, denn was ihm fehlte, das war die demokratische Legitimation (vgl. Meuschel 1992). Weil das SED-Regime der demokratischen Legitimation entbehrte, musste es einen über die gesamte Gesellschaft reichenden Kontrollanspruch aufrichten und seine Machtinstrumente so entwickeln, dass sie in jeden Winkel der Gesellschaft hineinreichten. Nichts durfte unbeobachtet bleiben, denn potentiell konnte überall die Konterrevolution ihr Haupt erheben und den Führungsanspruch der SED in Frage stellen. Selbst kleine Regelverletzungen besaßen daher die Tendenz zur Generalisierung, waren doch alle noch so unbedeutenden Interessensdivergenzen durch den grundsätzlichen Konflikt zwischen Staatsgewalt und Bevölkerung überlagert und standen doch erstere stets in der Gefahr, letzteren an sich zu ziehen und durch ihn zu einem unversöhnlichen Grundsatzstreit zu werden. Freie Meinungsäußerungen, offenen Wettbewerb, Kritik konnte sich die SED-Führung nicht leisten, denn immer konnten diese ungeplanten Prozesse auf eine Infragestellung der nichtlegitimierten Machtverhältnisse hinauslaufen und sie zur Disposition stellen.

Die Folge dieser weitgehenden Ausschaltung von Wettbewerb und Konkurrenz bestand freilich darin, dass die Gesellschaft wenig Leistungsanreize bot. Es lohnte sich kaum, sich beruflich zu engagieren, da nicht die Leistung über den Erfolg entschied, sondern die politische Loyalität. Doch auch hier stoßen wir wieder auf den Widerspruch zwischen der Durchsetzung politischer Kriterien und der Behauptung fachlicher Gesichtspunkte, denn die SED-Spitze hatte natürlich selbst ein Interesse daran, die leistungsstarken Potentiale der Gesellschaft zu fördern. Sie benötigte wirtschaftliche, wissenschaftliche, politische und nicht zuletzt auch sportliche Erfolge, um ihren Macht- und Führungsanspruch, dem es an demokratischer Unterstützung fehlte, durch Leistungsnachweise zu legitimieren. Wenn sie die gesellschaftliche Entwicklung freigab,

Wettbewerb und gesellschaftliche Eigendynamik zuließ und auf die Regulierung gesellschaftlicher Prozesse verzichtete, bestand allerdings stets die Gefahr des politischen Kontrollverlustes, die dann jedoch die Fesselung der gesellschaftlichen Kräfte wieder notwendig machte, auch wenn damit die gesellschaftliche Entwicklung gebremst wurde. Durch die politische Steuerung der Gesellschaft untergrub die SED die Ressourcen ihrer eigenen Machtlegitimationsstrategie und schnitt sich damit von den Quellen ihres Überlebens um des eigenen Überlebens willen ab. Die DDR war eine konstitutiv widersprüchliche Gesellschaft, die für die Lösung ihrer Widersprüche keine probaten Mittel parat hielt, sondern diese Widersprüche nur über lange Zeit verdeckt halten konnte, bis sie ans Licht kamen und das gesamte Ordnungsgefüge in den Untergang trieben (vgl. Pollack 1998).

Die DDR entmutigte Leistungsbereitschaft nachhaltig, denn Leistungsunterschiede wurden nivelliert, politische Kriterien Leistungsgesichtspunkten vorgeordnet, die Wettbewerbschancen politisch verzerrt und Innovationen manchmal sogar als Normabweichungen bestraft. Das Selbstinteresse der Akteure an höheren Leistungen wurde auf diese Weise nachhaltig geschwächt. Nur derjenige hatte eine Chance, mit systemverwalteten Gütern wie höhere Schulbildung, Studienmöglichkeiten, beruflicher Karriere, gesellschaftlichem Einfluss, öffentlichem Ansehen usw. versorgt zu werden, der den politisch-ideologischen Erwartungen des Systems entsprach. Die Vergabe von Gratifikationen war damit von den individuell erbrachten Leistungen abgekoppelt. An die Stelle von Leistung und Belohnung trat das Austauschverhältnis von politischer Anpassung und systemischer Versorgung – ein gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, der die Bevölkerung ruhig stellte, zugleich aber auch die Entwicklungspotentiale der Gesellschaft lähmte.

Wenn freilich die Verteilung kollektiver Güter an die Loyalitätsbereitschaft der Bevölkerung gebunden ist, sinkt die Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung, sobald die Gratifikationsmöglichkeiten des Systems zurückgehen. Dieser Fall trat ein, als sich die wirtschaftliche Leistungskraft des Systems in den 80er Jahren abschwächte und das Regime für politisches Wohlverhalten weniger anzubieten hatte als zuvor. Den ehrgeizigen und gut ausgebildeten Jugendlichen konnten kaum noch Aufstiegschancen eingeräumt werden (vgl. Niethammer 1990, S. 263f.; Mayer/Solga 1994; Geißler 1992, S. 20; 1996, S. 253), die Importe mussten zurückgefahren werden, der Lebensstandard sank (vgl. Korte 1994). Das Versprechen von steigendem Wohlstand, mit dem man die Bevölkerung einst ruhig gestellt hatte, trug nun, da man es nicht mehr einlösen konnte, zur schrittweisen Aufkündigung der Gefolgsbereitschaft bei. Das Austauschverhältnis zwischen Versorgung und Wohlverhalten erodierte, und das Selbstinteresse, das bislang durch systemische Belohnungen befriedigt worden war, verselbständigte sich und wandte sich vom System ab. Da weder Leistungsunterschiede honoriert werden konnten noch Chancengleichheit bestand,

ging die Bereitschaft zur Leistungssteigerung immer weiter zurück und damit auch die Integrationskraft des Systems.

Selbst über die Gewährung sozialstaatlicher Leistungen und Subventionierung eines Grundversorgungsniveaus ließ sich die soziale Integration nicht mehr garantieren. Im Gegenteil. Der wohlfahrtsstaatliche Anspruch des DDR-Sozialismus hatte ruinöse Folgen. Dringend erforderliche Investitionen in die Erneuerung des Kapitalstocks unterblieben, um den wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsanspruch aufrecht zu erhalten, auf dessen Erfüllung die SED aus Legitimationsgründen nicht verzichten konnte. Die DDR lebte auf Kosten ihrer Zukunft. Letztendlich trug damit der zu hoch gesetzte wohlfahrtsstaatliche und sozialstaatliche Versorgungsanspruch nicht unerheblich zum Untergang der DDR bei.

3. Ebenendifferenzierung und Intermediation

Wenn das Komplexitätsniveau moderner Gesellschaften steigt, werden intermediäre Organisationen, die zwischen den auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Emergenzebenen vermitteln können, umso wichtiger. In modernen Gesellschaften wird es immer unwahrscheinlicher, dass Prozesse und Strukturen auf der Interaktionsebene noch unmittelbare Relevanz für gesamtgesellschaftliche Veränderungen haben. Anders als in stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften besteht auch nicht mehr die Möglichkeit, dass die unterschiedlichen sozialen Kommunikationen, Austauschprozesse und Selektionen in der Spitze der Gesellschaft gebündelt und zusammengehalten werden. Vielmehr treten die unterschiedlichen Ebenen, auf denen Soziales emergiert, immer weiter auseinander, so dass den mittleren Ebenen eine wachsende Bedeutung für die Integration der Gesellschaft zukommt. Auf diesen Ebenen sind Organisationen, Parteien, Verbände, Vereine und andere kollektive Akteure angesiedelt, die das Individuum sozial binden und zugleich Repräsentanten seiner Interessen gegenüber dem Staat, der Wirtschaft und der Gesellschaft, also der gesamtgesellschaftlichen Ebene darstellen. Wie gesagt, aufgrund der Ebenendifferenzierung hört Interaktion auf, unmittelbar gesamtgesellschaftlich relevant zu sein; gesamtgesellschaftliche Strukturen und Prozesse schlagen aber auch nicht mehr unmittelbar auf die individuelle und interaktive Ebene durch. Märkte, Wettbewerbsarenen, Institutionen, Parteien, Organisationen usw. sind dazwischengelagert. So geht die Einbindung des Individuums in soziale Klassenlagen, Milieus und familiale Netzwerke zurück, und die Interaktion verliert ihren gemischt privat-öffentlichen Charakter. Sie wird formalisierter, anonymer und affektneutraler, wenn sie sich in der Öffentlichkeit bewegt, in der Privatsphäre hingegen gewinnt sie an Affektivität, Informalität und Intimität.

Zugleich erlangt das Individuum damit einen höheren Grad an Autonomie. Die Anteile der Biografie, über die der Einzelne selbst entscheidet, nehmen zu,

die fremdbestimmten Anteile nehmen ab (vgl. Beck 1983, S. 58). Das heißt natürlich nicht, dass das Individuum letztendlich freikäme von der Gesellschaft, wohl aber heißt das, dass das Individuum in modernen Gesellschaften weniger von direkten Sozialbeziehungen wie Familie, Nachbarschaft, Milieu, Konfession oder Stand und Klasse abhängig ist, sondern von indirekten Sozialbeziehungen wie dem Arbeitsmarkt, dem Ausbildungs- und Schulsystem, dem Rechtssystem oder dem sozialen Sicherungssystem. Diese lassen dem Einzelnen Spielräume, stellen aber zugleich klare Regeln darüber auf, unter welchen Bedingungen er Zugang zu diesen Systemen und ihren Angeboten hat. In gewisser Weise nimmt damit die Abhängigkeit des Individuums von der Gesellschaft in modernen Gesellschaften sogar zu. Der Einzelne ist in mehr Hinsichten sozial abhängig als in früheren Gesellschaften. Zugleich gewährt die moderne Gesellschaft aber auch mehr Freiräume und Selbstentfaltungsmöglichkeiten, deren Wahrnehmung freilich wiederum an die Erfüllung spezifischer Voraussetzungen – Bildungsabschlüsse, Geld, Anspruchsberechtigungen usw. – gebunden ist.

Ihre Vermittlungsfunktion können die intermediären Organisationen und Institutionen nur erfüllen, wenn sie gegenüber den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung responsiv und wenn sie gleichzeitig sozial durchsetzungsfähig sind. Intermediäre Organisationen und Institutionen müssen also Sensoren- und Implementationsfunktionen miteinander verbinden, und sie müssen ebenso Funktionen der Interessenartikulation gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und Transmissionsfunktionen von oben nach unten erfüllen können. Dabei ist anzunehmen, dass intermediäre Organisationen und Institutionen umso durchsetzungsfähiger sind, je responsiver und umweltsensibler sie sind.

Die Gesellschaft der DDR, auf die wir nun wiederum zu sprechen kommen, zeichnete sich allerdings weniger durch zunehmende Ebenendifferenzierung als durch Ebenendiffusion aus. Die SED-Führung behandelte die DDR-Gesellschaft wie eine Organisation, die auf ein bestimmtes Führungspersonal, ein festgelegtes Programm und eine vorgegebene Struktur verpflichtet werden kann. Den einzelnen Bürger sah sie als Mitglied dieser Organisation an. Von ihm erwartete sie, dass er dem fixierten Programm folgt und von ihm nichts weniger als begeistert ist. Im Unterschied zu Organisationen in modernen Gesellschaften war es in der Organisationsgesellschaft DDR jedoch nicht erlaubt, auszutreten. Die Abwanderungsbarriere war ein besonders wirksames Mittel, den Einzelnen an die Strukturen des SED-Staates zu binden und den Einsatz der Machtinstrumente, mit deren Hilfe der Einzelne in die politischen Machtstrukturen eingeordnet werden sollte, zu effektivieren. Die SED erhob Anspruch auf den ganzen Menschen, auf sein Handeln ebenso wie auf sein Denken und sein Fühlen. Und sie konnte diesen Anspruch auch weitgehend realisieren, da dem Einzelnen nicht nur die gesellschaftlichen Partizipations- und Einspruchsmöglichkeiten, sondern auch die individuellen Abwanderungsmöglichkeiten fehlten.

Es gab noch nicht einmal intermediäre Organisationen, die den Einzelnen vor den Zumutungen des Parteistaates abschirmen und schützen und seine Interessen gegenüber der staatliche Autorität zur Geltung bringen konnten. Zwar waren die intermediären Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbände nicht einfach abgeschafft worden. Sie waren jedoch politisch besetzt, so dass sie ihre Vermittlungsfunktion nicht mehr erfüllen konnten. Das aber heißt, dass sie nicht nur dem Individuum als Repräsentanten seiner individuellen Bedürfnisse und als Schutz gegenüber dem staatlichen Zugriff fehlten, sondern dass sie auch als Sensibilisierungs- und Implementationsinstrumente der Herrschenden ausfielen. Über sie konnten weder Anliegen der Bevölkerung an die SED-Führungsriege herangetragen werden, noch war es den Mächtigen möglich, ihre Entscheidungen über sie sozial zu transportieren und durchzusetzen. Der Einzelne war dem Direktzugriff des Machtapparates ausgesetzt, und natürlich war die Reaktion auf diesen massiven politischen Druck nicht nur die massenhafte Anpassung an das System, sondern auch die massenhafte Verweigerung gegenüber diesem. Während die Machtmechanismen in modernen Gesellschaften vermittelt über Anreiz- und Sanktionsmechanismen, über Organisationen und Verbände, über rechtliche Bestimmungen und moralische Verpflichtungen subtil wirken, blieb die unmittelbare Konfrontationsstrategie der SED weithin nicht nur abschreckend und einschüchternd, sondern auch ineffektiv. Auch wenn die Mehrheit den Erwartungen des Systems entsprach und mitmachte, suchte sie doch stets nach Möglichkeiten, seinem Zugriff zu entkommen, nach Schlupflöchern, Nischen, Überwinterungsplätzen, nach Rückzugs- und Unterwanderungsmöglichkeiten, was nicht heißt, dass man nicht zugleich die Vorteile, die das System einem zu bieten hatte, ungeniert in Anspruch nahm. Der Überpolitisierung des gesamten öffentlichen Lebens entsprach die allenthalben bemerkbare Tendenz zur Privatisierung bei gleichzeitiger parasitärer Instrumentalisierung der offiziellen Leistungen und Strukturen.

Aber auch noch der Ort des Rückzugs, die apolitische Nische, die informellen Netzwerke und die Familien wurden vom politischen System durchdrungen. Gewährte Vergünstigungen, erfahrene Frustrationen, Knappheiten und Privilegien nahm man in die Nische mit (vgl. Neubert 1998, S. 22). Auch in ihr war man noch von der Hilfsbereitschaft der Nachbarn, dem Wohlwollen der Handwerker, dem erworbenen beruflichen Status und den eigenen Tauschmöglichkeiten abhängig. Auch in ihr rechnete man noch die alltäglichen Unannehmlichkeiten dem politischen System und seinen unfähigen Funktionären zu. So ist es denn nicht verwunderlich, dass Öffentliches und Privates in der DDR nicht wie in westlichen Gesellschaften deutlich getrennt, sondern miteinander vermischt waren. Die Arbeitskolleginnen und -kollegen kannten die familiäre Situation, in der man sich befand, mit den Nachbarn saß man abends zusammen, mit dem Vorgesetzten feierte man gemeinsam. Das private Leben in der DDR war auf eine merkwürdige Weise extern zugänglich, gemeinschaftlich eingebunden und nur schwach als autonom respektiert.

Ebenso drangen aber auch private Beziehungen, informelle Netzwerke und persönliche Bekanntschaften in die offiziellen Strukturen ein und nahmen auf die in den offiziellen Institutionen und Organisationen getroffenen Entscheidungen Einfluss. Klientelismus, Korruption, Willkür, die Privatisierung öffentlicher Ressourcen sowie die Ausschaltung geregelter Verfahren und Kompetenzabgrenzungen (vgl. Jessen 1995, S. 109) waren die Folgen, was sich auch in einer merkwürdigen Informalisierung der öffentlichen Kommunikation ausdrückte. Die mangelnde Ebenendifferenzierung der DDR-Gesellschaft erweckte so den falschen Anschein, als ob alle öffentlichen Fragen irgendwie privat regelbar seien, als ob die Vertreter der öffentlichen Institutionen durch Eingaben, private Vorsprache und Überredungskunst leicht beeinflusst werden könnten und als ob die Partei schon die richtigen Konzepte hätte und ihre Entscheidungen nur durchzustellen bräuchte. Die im Verhältnis zwischen Formalität und Informalität, Offizielltem und Inoffizielltem implizierte Unversöhnbarkeit von Parteispitze und Bevölkerung, von Machthabern und Ohnmächtigen blieb unsichtbar. Die Diktatur reduzierte sich auf eine fürsorglich anmutende Patron-Klientel-Beziehung, in der man so tun konnte, als ob alle eigentlich das gleiche wollten und es keine Interessengegensätze gäbe (vgl. auch Jarausch 1998). Da Interessenkonflikte geleugnet und ein weit verbreitetes Gemeinschaftspathos gepflegt wurden, entstand so gleichzeitig der Eindruck, als ob es keiner Vermittlungsinstanzen bedürfte.

Dieses Gemeinschaftspathos wurde auch im Freundes- und Bekanntenkreis gepflegt, so dass zum verschleierte Druck von oben, der unverhüllte soziale Druck von der Seite kam - ein Einpassungs- und Nivellierungszwang, der Individualität, Distinktion und Auffälligkeit durch soziale Ausgrenzung bestrafte. Der gemeinschaftliche Charakter, den die DDR-Gesellschaft zuweilen erweckte, war also in Wirklichkeit eine Form sozialer Kontrolle und verdeckter Unterdrückung. Nicht Solidarität war das charakteristische Merkmal der vielbeschworenen informellen Netzwerke und Bekanntenkreise. Vielmehr handelte es sich bei ihnen vorrangig um homogenisierende Zweckbündnisse gegen ökonomische Knappheit, was die gelegentliche Entstehung von Partnerschaften und Freundschaften natürlich nicht ausschloss. Aber nicht Freundschaft war das Typische dieser Beziehungen, sondern Reziprozität (vgl. auch Srubar 1991, S. 422 sowie Diewald 1995). Wenn man in diese Beziehungen investierte, dann in der Erwartung, etwas zurückzuerhalten. Folgerichtig hatte auch nur derjenige in diesen Beziehungsnetzwerken eine starke Position, der ein knappes Gut anbieten konnte. Akademiker waren in ihnen nicht gefragt, wohl aber Verkäuferinnen und Handwerker.

So wenig diese Beschaffungsnetzwerke für das alltägliche Überleben in der DDR entbehrlich waren, so wenig vermochten sie doch tatsächlich integrative Aufgaben zu erfüllen – und dies nicht nur aufgrund ihres zweckrationalen Charakters, sondern auch aufgrund ihrer Fragmentierung entlang von Klassen-, Schichten- und Milieugrenzen. Worüber in Arbeiterkreisen kommuniziert

wurde, war den Angehörigen der subkulturellen Kunstszene nicht bekannt, diese waren wiederum von den oppositionellen Kirchenkreisen weitgehend getrennt, die ihrerseits so gut wie keinen Kontakt zur Gruppe der Parteireformer besaßen. Die technische Intelligenz stellte wieder einen eigenen Kommunikationszirkel dar, und völlig abgeschirmt waren die höheren SED-Funktionäre und die Kader des Staatssicherheitsdienstes und der Armee (vgl. Pollack 2000, S. 124ff.).⁵ Die informellen Netzwerke waren nicht das solidarische Band, das die Gesellschaft insgeheim zusammenhielt, sondern selbst Ausdruck der Zerrissenheit der Gesellschaft und ihrer machtförmigen Zerstörung. So uniform die DDR-Gesellschaft von oben her geplant war, so fragmentiert war sie in ihren realen Erscheinungsformen. Nicht nur die offiziellen Instrumente der System- und Sozialintegration versagten also weithin in der DDR, auch die kompensatorisch zu den ökonomischen Funktionsdefiziten entstandenen informellen Strukturen konnten die Integrationsschwächen des Systems nicht auffangen, denn der DDR fehlte es an einer unabhängigen Öffentlichkeit, die die unterschiedlichen Kommunikationsräume miteinander verzahnen und füreinander hätte öffnen können.

Nur die Kirchen konnten Funktionen der gesellschaftlichen Mediation und Integration erfüllen, denn sie beherbergten die oppositionellen Gruppen und hatten gleichzeitig Kontakt zu den Machthabern (vgl. Pollack 1994), sie besaßen eine nicht unerhebliche, wenngleich zurückgehende Verankerung in der Bevölkerung und konnten zugleich über ihre internationalen Beziehungen, aber auch im unmittelbaren Gespräch auf die politische Klasse der DDR einwirken. Letztendlich gelang aber natürlich auch ihnen nicht die Aussöhnung der die Gesellschaft zerreißenden Konflikte zwischen Parteispitze und Bevölkerung. Im Gegenteil. Die Kirche wurde in die offiziell verdeckt gehaltenen Widersprüche und Spannungen hineingerissen und geriet zwischen die unversöhnbaren Fronten des gesellschaftlichen Konflikts. So gewann sie in diesen Auseinandersetzungen nicht nur an gesellschaftlichem Ansehen und an politischem Einfluss, sondern zerrieb sich auch an den unlösbaren Widersprüchen und brauchte ihre Kräfte auf.

So charakteristisch die Ebenendiffusion für die Konstruktion der DDR-Gesellschaft war, so wenig wäre es doch aber andererseits berechtigt zu behaupten, dass die für moderne Gesellschaften typische Ebenendifferenzierung in der DDR überhaupt nicht anzutreffen war. Im Gegensatz zu den klientelistischen Systemen Südosteuropas, in denen Korruption und Nepotismus weit

⁵ Diese Aussage wird bestätigt durch die empirischen Untersuchungen von Stefan Hornbostel (vgl. 1999: S. 201f.), deren zentraler Befund lautet, dass sich die staatsnahen Eliten nach außen abschotteten und möglicherweise ein eigenständiges Milieu bildeten. Solche abgeschlossenen Milieus – so der hier unterbreitete Vorschlag – lassen sich in der DDR nicht nur für die staatsnahe Funktionärsschicht, sondern auch für andere soziale Gruppen – Parteireformer (vgl. Land/Posskel 1994; Land 1997), Kirchengruppen (vgl. Rüdtenklau 1992; Neubert 1998; Pollack 2000), Szenekünstler (vgl. Michael 1997), Arbeiterkreise, Angehörige der technischen Intelligenz usw. - vermuten.

verbreitet waren, gab es in der DDR einen gewissen Grundbestand an bürokratischem Rationalismus, an Respektierung von Verfahrensregeln sowie von formalisiertem und entpersönlichem Verwaltungshandeln. Manche Beobachter der DDR-Gesellschaft behaupten sogar, dass in der DDR patrimoniale und klientelistische Formen der Herrschaft sekundär geblieben seien (vgl. Brie 1996, S. 92; anders Engler 1995, S. 49). Und es ist zu fragen, ob nicht auch der Privatsphäre ein gewisser und im Laufe der DDR-Geschichte sogar zunehmender Respekt entgegengebracht wurde. Die autoritären Herrschaftsbeziehungen in der DDR sind von sultanistischen Regimen zu unterscheiden, und das unterschiedliche Maß an Diffusion zwischen gesamtgesellschaftlicher, institutioneller und interaktiver Ebene, zwischen öffentlichem und privatem Bereich, zwischen Formalität und Informalität könnte ein weiteres Kriterium für ihre Differenzierung sein.

4. Schlussbemerkung

Selbstverständlich ließen sich an die Behandlung der hier aufgeführten Merkmale moderner Gesellschaften weitere Kennzeichnungen anschließen. So könnte man etwa auf Prozesse der kulturellen Pluralisierung⁶ oder auf den prinzipiell offenen Charakter moderner Gesellschaften hinweisen und die DDR-Gesellschaft zu diesen Merkmalen kontrastierend in Bezug setzen (vgl. Pollack 2001, S. 24ff.). Der Vergleich zwischen Struktureigenschaften moderner Gesellschaften und Konstitutionsspezifika der DDR-Gesellschaft soll mit den drei behandelten Themenkomplexen aber sein Bewenden haben. Worauf es in diesen Ausführungen ankam, ist deutlich geworden: Die DDR lässt sich kaum angemessen verstehen, wenn man sie nicht ins Verhältnis zu anderen Gesellschaftstypen setzt. Den Beurteilungsmaßstab bildet dabei, ob man das will oder nicht, zwangsläufig die moderne Gesellschaft, die durch Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet ist. In dem vorliegenden Text kam es daher darauf an, einige dieser Funktionsprinzipien offen zu legen und vor dem Hintergrund dieses Maßstabs nach den Spezifika der DDR-Gesellschaft zu fragen.

⁶ Das Maß an Pluralismus, das eine Gesellschaft zulässt, ist für Juan Linz ein weiteres Kriterium, anhand dessen sich unterschiedliche Gesellschaftstypen unterscheiden lassen. Autoritäre Regime weisen stets einen begrenzten sozialen Pluralismus auf, totalitäre Ordnungen hingegen tendieren zu einer vollständigen Beherrschung der Gesellschaft (vgl. Linz 1996: S. 506).

Literatur

- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungstendenzen und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Soziale Welt, Sonderband 2, S. 35-74.
- Berger, Johannes (1996): Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan 24, S. 45-62.
- Best, Heinrich (2002): Platzierungslogiken und Rekrutierungsregime von DDR-Funktionseleiten: Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse. Masch. Jena.
- Brie, Michael (1996): Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Helmut Wiesenthal (Hg.): Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a. M.; New York, S. 39-104.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Diewald, Martin (1995): "Kollektiv", "Vitamin B" oder "Nische"? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Johannes Huinink u.a. (Hg.): Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin, S. 223-260.
- Durkheim, Émile (1996): Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt a. M.
- Engler, Wolfgang (1995): Die ungewollte Moderne: Ost-West-Passagen. Frankfurt a. M.
- Erker, Paul (1993): Zeitgeschichte als Sozialgeschichte: Forschungsgegenstand und Forschungsdefizite. In: Geschichte und Gesellschaft 19, S. 202-238.
- Gaus, Günter (1983): Wo Deutschland liegt: Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983.
- Geißler, Rainer (1992): Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30.
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Opladen.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M.
- Hornbostel, Stefan (1999): Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster: Befunde aus der Analyse des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Ders. (Hg.): Sozialistische Eliten: Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen, S. 177-209.
- Hradil, Stefan (1995): Die Modernisierung des Denkens: Zukunftspotentiale und "Altlasten" in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20, S. 3-15.
- Jarausach, Konrad (1998): Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur: Zur begrifflichen Einordnung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20, S. 33-46.
- Jessen, Ralph (1995): Die Gesellschaft im Staatssozialismus: Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 21, S. 96-110.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1989): Religion und Modernität. Tübingen.

- Kocka, Jürgen (1994): Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 547-553.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 31-61.
- Korte, Karl-Rudolf (1994): Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands. Frankfurt a. M.; New York.
- Land, Rainer (1997): Reformbewegungen in der SED in den 80er Jahren: Möglichkeiten und Grenzen. In: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt a. M.; New York, S. 129-144.
- Land, Rainer/Possekkel, Ralf (1994): Namenlose Stimmen waren uns voraus: Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum.
- Linz, Juan (1996): Typen politischer Regime und die Achtung der Menschenrechte. Historische und länderübergreifende Perspektiven. In: Eckhard Jesse (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn, S. 485-537.
- Lüdtke, Alf (1994): "Helden der Arbeit" - Mühen beim Arbeiten: Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 188-213.
- Luhmann, Niklas (1970): Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Köln.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- Mayer, Ulrich/Solga, Heike (1994): Mobilität und Legitimität: Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, S. 193-208.
- Meier, Artur (1990): Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, S. 3-14.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt a. M.
- Michael, Klaus (1997): Zweite Kultur oder Gegenkultur? Die Subkulturen und künstlerischen Szenen der DDR und ihr Verhältnis zur politischen Opposition. In: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition: Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt a. M.; New York, S. 106-128.
- Neubert, Ehrhart (1998): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin.
- Niethammer, Lutz (1990): Das Volk der DDR und die Revolution: Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse. In: Charles Schüddekopf (Hg.): "Wir sind das Volk!": Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek, S. 251-279.

- Pirker, Theo et al. (1995): Der Plan als Befehl und Fiktion: Wirtschaftsführung in der DDR. Opladen.
- Pollack, Detlef (1994): Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart.
- Pollack, Detlef (1998): Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24, S. 110-131.
- Pollack, Detlef (2000): Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen.
- Pollack, Detlef (2001): Wie modern war die DDR? Arbeitsberichte des Frankfurter Institut für Transformationsstudien 4/01.
- Rüddenklau, Wolfgang (1992): Störenfried: ddr-opposition 1986-1989. Berlin.
- Scheuch, Erwin K. (2000): Eine lernende Demokratie. In: Soziologische Revue 23, S. 397-402.
- Srubar, Ilja, (1991): War der reale Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, S. 415-432.
- Sztompka, Piotr (1994): The Sociology of Social Change. Oxford.
- Wehler, Hans-Ulrich (2000): Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie, DDR-Geschichte. In: Ders.: Umbruch und Kontinuität: Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 113-122.
- Wolle, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur: Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin.
- Zapf, Wolfgang (1991): Die Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Wolfgang Zapf (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt a. M., S. 23-39.
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, S. 63-77.